Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit – Neue bildungspolitische Leitlinien der SPD Thüringen

Vorbemerkung

2001 hat die Thüringer SPD die bildungspolitischen Leitlinien "Zukunft gestalten – schulische Bildung fördern" beschlossen. Sie sind seitdem die wichtigste programmatische Basis für unsere Bildungspolitik gewesen. Viele der 2001 benannten Herausforderungen haben wir erfolgreich angehen können, mit Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit. Neue Herausforderungen sind inzwischen entstanden. Es ist daher an der Zeit, unserer bildungspolitischen Arbeit in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schule, Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen neue programmatische Leitlinien zugrunde zu legen.

Wofür wir stehen

Soziale Teilhabe und Aufstieg durch Bildung gehören zur sozialdemokratischen Programmatik und Politik wie die Gleichstellung von Mann und Frau, die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft oder eine gerechte Wirtschaftsordnung – und das seit über 150 Jahren. Wir wollen, dass ein gutes und erfülltes Leben nicht von der sozialen oder ethnischen Herkunft oder dem Geldbeutel abhängt. Jeder Mensch soll faire Chancen erhalten, sich durch eigene Anstrengungen und Fähigkeiten seine Position in der Gesellschaft zu erarbeiten. Das Bildungssystem muss diesen Prozess von Anfang an unterstützen. Ungleiche Startchancen lassen sich im späteren Leben nur noch schwer ausgleichen. Deshalb müssen wir früh mit der Förderung durch Bildung beginnen. Nur so ermöglichen wir es jedem Menschen, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben.

Auf der Basis dieser Grundüberzeugungen haben wir in Regierungsverantwortung seit 2009 maßgeblich die Bildungspolitik Thüringens geprägt. Unter sozialdemokratischer Leitung hat das Thüringer Bildungsministerium den Freistaat zu einem Vorzeigeland der frühkindlichen Bildung gemacht. Von dem 2010 eingeführten Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kita-Platz und den deutlichen Verbesserungen der Rahmenbedingungen im Kita-Bereich haben bis heute nicht nur die Kinder in den Einrichtungen und ihre Eltern profitiert, sondern auch Erzieherinnen und Erzieher. Rund 2.500 Beschäftigte wurden zusätzlich eingestellt und haben so eine berufliche Perspektive in Thüringen erhalten. Die SPD hat entschlossen und gegen die Widerstände des

damaligen Koalitionspartners die Gemeinschaftsschule etabliert und damit längeres gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 ermöglicht. Es wurde für deutlich mehr neue Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen gesorgt und mit dem "Entwicklungsplan Inklusion" ein bundesweit vorbildliches Konzept zur schrittweisen Realisierung eines inklusiven Bildungswesens in Thüringen erarbeitet.

Auch in der seit 2014 bestehenden Regierungskoalition hat die SPD zentrale bildungspolitische Weichenstellungen mit angestoßen. Mit der Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres wird ein wichtiges Wahlversprechen erfüllt: Wir sorgen für eine spürbare finanzielle Entlastung Thüringer Familien. Die von uns durchgesetzte Rückkehr zur Lehrerverbeamtung ermöglicht es dem Freistaat, künftig im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchspädagoginnen und - pädagogen wieder besser bestehen zu können. Mit einem noch breiteren Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer setzen wir ein Zeichen gegen Stundenausfall und für eine bessere Unterrichtsabdeckung. Durch das neu geschaffene Bildungsfreistellungsgesetz haben nun endlich auch die Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf bezahlte Beurlaubung zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen.

Nicht nur für uns steht daher fest: Die SPD ist die Bildungspartei Thüringens, unsere Bildungspolitik ist geprägt von Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit. Auch die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat vertrauen unserer bildungspolitischen Kompetenz. Das zeigen uns unabhängige Wählerbefragungen seit Jahren. Diese Tatsache ist für uns ein Ansporn, in unserem bildungspolitischen Engagement in den kommenden Jahren nicht nachzulassen und weiterhin die entscheidenden Impulsgeber für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Thüringer Bildungswesens zu sein.

Frühkindliche Bildung

Ein guter Start ist wichtig. Oftmals entscheidet schon der frühe Zugang zu Bildungs- und Förderangeboten über die Bildungsbiographie eines Menschen und damit auch über seine späteren Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Thüringen ist daher für uns eine zentrale Aufgabe. Der Freistaat verfügt nicht zuletzt dank der SPD über ein flächendeckend ausgebautes und qualitativ hochwertiges Kita-Angebot, das von den Thüringer Familien in hohem Maße nachgefragt und geschätzt wird.

Unser Hauptziel ist es daher, den Kita-Bereich qualitativ weiter auszubauen und dort schrittweise weitere Verbesserungen bei den Betreuungsrelationen und den Arbeitsbedingungen der mit großem Engagement tätigen Erzieherinnen und Erzieher zu erreichen. Gleichzeitig streben wir an, die Beitragsfreiheit Schritt für Schritt auf sämtliche Kita-Besuchsjahre auszudehnen. Denn unsere Grundüberzeugung ist und bleibt es, dass der Zugang zu Bildung von der Kita bis zur Berufsausbildung oder dem Studium grundsätzlich beitrags- und gebührenfrei sein muss.

Daher werden wir uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

Um auch in Zukunft hohe p\u00e4dagogische Standards in der fr\u00fchkindlichen Bildung zu garantieren, muss im Kita-Bereich am Fachkr\u00e4ftegebot festgehalten werden. Gleichzeitig gilt es, den Betreuungsschl\u00fcssel in den Einrichtungen schrittweise weiter anzuheben. Mit der Verbesserung des Betreuungsschl\u00fcssels erm\u00f6glichen wir den Kindertagesst\u00e4tten auch, die Herausforderungen einer inklusiven fr\u00fchkindlichen Bildung und der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund gut zu meistern.

• Erzieherinnen und Erzieher tragen in der frühkindlichen Bildung eine hohe pädagogische Verantwortung. Deshalb muss ihr **Beruf** weiter **aufgewertet** werden. Dazu zählt für uns die deutlichere Profilierung von Ausbildungsangeboten an Fachschulen und Hochschulen sowie deren regelmäßige Evaluierung. Einen zunehmenden Anteil des pädagogischen Personals im Kita-Bereich wollen wir in Zukunft, genauso wie Grundschullehrer, akademisch ausbilden.

• Um die Ausbildungsentscheidung junger Menschen im Erzieherbereich zu erleichtern und landesweit die Fachkräfteabsicherung zu garantieren, ist ein regelmäßiges Berichtswesen zur Personalsituation, zum Personalbedarf und zur geplanten Personalentwicklung in der frühkindlichen Bildung erforderlich. Auf Landesebene sollen die Ergebnisse aus der regelmäßigen Evaluierung der Ausbildungseinrichtungen, wie etwa die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt, und der zukünftige Fachkräftebedarf in Thüringer Kindertageseinrichtungen ausgewiesen werden.

 Die Arbeit in den Kindertagesstätten und in der Tagespflege muss beständig weiterentwickelt werden, um die frühkindliche Bildung in Thüringen auf einem hohen Niveau zu halten. Die Erzieherinnen und Erzieher im Kita-Bereich brauchen daher kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies gilt für die pädagogische Arbeit am Kind ebenso wie für die Arbeit mit Eltern und Kooperationspartnern. Hinzu kommen spezifische Herausforderungen in den Bereichen Inklusion und Migration. Um einheitliche, hohe Qualitätsstandards in der Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen, erscheint zudem die Einrichtung einer vom Land und allen Partnern der Kindertagesbetreuung getragenen "Thüringer Akademie Frühe Bildung" überlegenswert.

• Gute Arbeit muss fair entlohnt werden. Unser Ziel ist es, dass die Beschäftigten aller Kindertagesstätten gute, tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen haben. Die Trägerschaft der Einrichtungen darf dabei keine Auswirkung auf die Löhne haben. Daher brauchen wir eine landesweite Orientierung an den Bestimmungen des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst. Nur so können Arbeitsplatzwechsel auf Grund von Lohnunterschieden verringert und die personelle Kontinuität in den Einrichtungen erhöht werden.

• Die ungleiche Verteilung sozialer Problemlagen auf Wohngebiete und Stadtviertel spiegelt sich in den Kindertageseinrichtungen. Findet eine räumliche Konzentration sozialer Problemlagen statt, sind diese auch in den jeweiligen Kindertagesstätten gehäuft. So liegt der Anteil derjenigen Kinder, deren Kita-Gebühren vollständig vom Jugendamt übernommen werden, in einigen Einrichtungen bei über 70 Prozent. In anderen Einrichtungen liegt der Anteil hingegen bei 0. Der ungleichen Verteilung der Problemlagen muss durch bedarfsgerechte Zuweisungen der Ressourcen begegnet werden. Dort, wo ein höherer Bedarf an Betreuungsleistung und spezifischen Förderbedarfen vorliegt, muss auch eine stärkere Unterstützung durch das Land erfolgen. Das Gleiche gilt für Einrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund.

• Die Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zu der von uns angestrebten Beitragsfreiheit aller Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule. Schrittweise sollen daher sämtliche Kita-Besuchsjahre beitragsfrei gestellt werden. Das Land kann das aber nicht alleine schaffen. Es ist notwendig, dass sich auch der Bund dauerhaft am Ausbau der Kita-Finanzierung beteiligt. Dafür werden wir uns in Berlin einsetzen und auf eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich drängen.

Schule

Die Pädagoginnen und Pädagogen an den Thüringer Schulen leisten mit hohem Engagement und unter teilweise schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit. Das dokumentieren nationale und internationale Schulleistungsvergleiche seit Jahren eindrucksvoll. Thüringer Schülerinnen und Schüler liegen in zentralen schulischen Kompetenzbereichen bundesweit vorne und befinden sich mit ihren Leistungen teilweise sogar im internationalen Spitzenbereich. Deutlich wird in diesen Vergleichsstudien auch, dass es Thüringen besser als anderen Bundesländern gelingt, den schulischen Lernerfolg von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler zu entkoppeln. Nicht zuletzt ist Thüringen auch bei der Bereitstellung ganztägiger Betreuungsangebote und bei den finanziellen Aufwendungen des Landes und der kommunalen Schulträger je Schüler bundesweit führend. Auf diese Erfolge und auf die von unseren Pädagoginnen und Pädagogen an den Schulen tagtäglich geleistete Arbeit kann Thüringen mit Recht stolz sein. Die trotz dieser positiven Tatsachen durchaus bestehenden Strukturprobleme im Thüringer Schulwesen dürfen nicht dazu führen, das bisher Erreichte pauschal schlechtzureden.

Seit der Wiedergründung des Freistaats 1990 haben die Thüringer Pädagoginnen und Pädagogen sich einer Fülle von Herausforderungen gestellt und sie erfolgreich bewältigt. Stichwortartig genannt seien hier nur das Ende des DDR-Bildungswesens und damit verbunden der Aufbau des heutigen Schulsystems, die fundamentale Veränderung verfassungsrechtlicher, gesetzlicher und bildungspolitischer Rahmenbedingungen für Schule, der kontinuierlich anhaltende Wandel des eigenen Berufsbildes und professionellen Selbstverständnisses, die jahrelange Begrenzung des eigenen Beschäftigungsverhältnisses durch Floating und Teilzeit-Verbeamtung, die jahrelange Aussetzung von Neueinstellungen in den Schuldienst, die aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erwachsenden Anforderungen und nicht zuletzt ab 2015 die Aufnahme einer großen Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlicher an den Thüringer Schulen. Die Vielzahl und Komplexität dieser Veränderungen hat bei vielen Betroffenen den Eindruck fehlender bildungspolitischer Kontinuität und Stabilität hinterlassen.

Was die Pädagoginnen und Pädagogen im Freistaat daher in den nächsten Jahren am nötigsten brauchen, sind bildungspolitische Verlässlichkeit, eine mit moderatem Tempo und ohne Überforderungen erfolgende, sachlich begründete Weiterentwicklung des Thüringer Schulwesens und stabile Rahmenbedingungen für die eigene Arbeit. Dafür steht die SPD. Zu bildungspolitischem Aktivismus, immer neuen Aufgabenzuweisungen an Schule und Schulreformen um der Reform willen besteht gerade im Hinblick auf die bereits erreichte beachtliche Leistungsfähigkeit des Schulsystems ohnehin keinerlei Anlass. Eine ruhige und kontinuierliche Entwicklung der

schulischen Bildung ist jedoch auch nicht mit bildungspolitischer Passivität zu verwechseln. Es bestehen unzweifelhaft Strukturprobleme im Thüringer Schulwesen – sie sind lösbar, und sie müssen gelöst werden. Die SPD ist dazu bereit: mit Sachlichkeit, einem Blick für das Machbare und Entschlossenheit bei der Umsetzung der erforderlichen Lösungsansätze.

Daher werden wir uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

 Priorität im Schulbereich muss eine flächendeckende Unterrichtsabsicherung haben, denn das ist die Grundvoraussetzung einer guten schulischen Bildung aller Kinder.
 Schulzeugnisse, bei denen Benotungen fehlen, weil in den betreffenden Fächern der Unterrichtsausfall zu groß gewesen ist, darf es in Thüringen nicht geben. Der Schlüssel hierzu ist eine verlässliche Personalplanung.

• Im Gegensatz zu früheren Prognosen ist mindestens bis 2025 mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Die bisherigen Berechnungen zum landesweiten **Personalbedarf** im Schulbereich sind daher regelmäßig zu evaluieren und gegebenenfalls **anzupassen**.

 Neben der Ausweisung der landesweiten Personalbedarfe muss eine langfristige schulart- und fachspezifische Bedarfsausweisung erfolgen, die Lehramtsstudierenden, Hochschulen, Studienseminaren und nicht zuletzt den Schulämtern Orientierung und Planungssicherheit bietet.

Ferner muss die Personalausstattung der Schulen ähnlich wie im Kita-Bereich künftig so
erfolgen, dass die zur Unterrichtsabdeckung im Krankheitsfall nötigen Personalressourcen von Anfang an als "Overhead" mit berücksichtigt werden und den Einrichtungen
direkt zur Verfügung gestellt werden. Dies kann in Form fester Personalstellen oder eines Schulbudgets, welches das selbständige Abschließen von Honorarverträgen ermöglicht, geschehen.

Mit der Notwendigkeit, den Thüringer Schulen auskömmliche personelle Rahmenbedingungen für gute Bildung und eine flächendeckende Unterrichtsabsicherung zu bieten, ist die Frage eng verbunden, wie effizient das vorhandene Lehrerpersonal eingesetzt wird. Auf dem Papier hat Thüringen in allen Schularten ein im bundesweiten Vergleich hervorragendes Schüler-Lehrer-Verhältnis. Der Schulalltag ist in den letzten Jahren jedoch zunehmend von Lehrermangel und Unterrichtsausfall geprägt gewesen. Diese paradoxe Si-

tuation muss aufgelöst werden. Es gilt, offenkundig vorhandene **Effizienzreserven** beim Einsatz des bestehenden pädagogischen Personals zu identifizieren und zugunsten der Thüringer Schulen zu **aktivieren**. Dazu benötigen Bildungsministerium und Schulverwaltung endlich eine zeitgemäße Personalplanungssoftware, die einen konkreten Überblick darüber ermöglicht, welche Lehrerinnen und Lehrer mit welchen Aufgaben und Stellenanteilen an welchen Schulen bzw. im außerschulischen Bereich eingesetzt sind.

• Die Erfahrung aller anderen Bundesländer zeigt, dass für eine langfristige Personalplanung im Schulbereich sowie für einen effizienten Einsatz der vorhandenen Lehrerinnen und Lehrer auch eine verbindliche Festschreibung von Schul- und Klassengrößen erforderlich ist. Deshalb muss Thüringen diesen Weg nun ebenfalls einschlagen. Maßgabe hierbei müssen pädagogische Überlegungen beispielsweise zum Fächerangebot in den Abschlussklassen, zur fachgerechten Vertretung im Krankheitsfall oder zur Ermöglichung eines kontinuierlichen fachlichen Austauschs unter den Pädagoginnen und Pädagogen sein. Das darf aber nicht dazu führen, kleine Schulstandorte im ländlichen Raum pauschal in Frage zu stellen. Auch kleine Schulen können durch intelligente Organisationsmodelle wie dem der Thüringer Sprengelschule so gestaltet werden, dass an ihnen bei effizientem Personaleinsatz eine hohe Bildungsqualität vermittelt und eine kontinuierliche konzeptionelle Weiterentwicklung ermöglicht werden kann.

• Im Mittelpunkt jeder Entscheidung über das Fortbestehen eines Schulstandorts muss daher das Wohl der betroffenen Schülerinnen und Schüler unter pädagogischen Erwägungen stehen. Es ist dementsprechend zunächst zu prüfen, ob ein effizienterer Personaleinsatz in einer kleinen Schule nicht auch durch schulorganisatorische Maßnahmen wie jahrgangsübergreifenden Unterricht oder durch einen Zusammenschluss mit anderen Schulen zu einem Schulsprengel zu erreichen ist.

Der Generationswechsel in der Thüringer Lehrerschaft wird auch in den kommenden Jahren anhalten. Bis 2025 werden bis zu 7.500 Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden. Sie durch eine ausreichend große Zahl an qualifizierten Nachwuchspädagoginnen und -pädagogen zu ersetzen, wird ein bildungspolitischer Kraftakt, zumal sich Thüringen bei diesem Punkt im bundesweiten Wettbewerb behaupten muss. Wir wollen dieser Herausforderung mit einer verlässlichen Berufsperspektive für Lehrerinnen und Lehrer begegnen. Sachgrundlose Befristungen lehnen wir grundsätzlich ab. Die Rückkehr zur Lehrerverbeamtung und die bessere Besoldung der Re-

gelschullehrerinnen und -lehrer sind wichtige Schritte, um die Attraktivität des Lehrerberufs im Freistaat zu steigern. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Ziel ist es in der n\u00e4chsten Wahlperiode, dass alle Lehrerinnen und Lehrer an den Regelschulen im Eingangsamt A13 verbeamtet oder im entsprechenden Tarif angestellt werden. Langfristig streben wir den Wechsel von der schularten- hin zur schulstufenbezogenen Lehrerbildung und damit auch eine einheitliche Bezahlung aller an Th\u00fcringer Schulen jedweder Art eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer an.

 Zur Attraktivität des Schuldienstes gehört auch, dass Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten rechtsichere Entwicklungs- und Beförderungsmöglichkeiten haben. An den Thüringer Schulen besteht jedoch seit Jahren ein regelrechter Beförderungsstau, weil im Besoldungsgesetz des Landes nicht die für Beförderungen nötigen Funktionsstellen festgeschrieben sind. Das muss schnellstmöglich geändert werden, denn nur so öffnen wir ebenso attraktive wie rechtssichere Karrierewege im Thüringer Schuldienst und können langfristig den Personalbedarf im Schulleitungsbereich decken.

• Weitere attraktivitätssteigernde Maßnahmen, wie die bedarfsgerechte Fortentwicklung des Studienplatzangebotes, die Auflage eines Stipendienprogramms für Lehramtsstudierende in Mangelfächern, verstärkte Bemühungen um Seiteneinsteigerinnen und - einsteiger oder verbesserte Beförderungsmöglichkeiten im Schuldienst, müssen folgen. Gleichzeitig sind die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren schrittweise zu erhöhen, die Bewerbungs- und Einstellungsverfahren für den Schuldienst sind zu entbürokratisieren und spürbar zu beschleunigen. Im Ergebnis sollen Studienbewerberinnen und -bewerber wissen: Wenn sie in Thüringen ein Lehramtsstudium aufnehmen und gute Leistungen zeigen, erhalten sie hier eine verlässliche und attraktive Perspektive.

• Genau wie bei der frühkindlichen Bildung spiegelt sich an den Schulen die ungleiche Verteilung sozialer Problemlagen auf Wohngebiete und Stadtviertel. Deshalb muss auch im Schulbereich zu einer an Sozialindikatoren orientierten Ressourcenvergabe übergegangen werden. Dort, wo es höheren pädagogischen Bedarf an Betreuungs- und Förderleistungen für die Schülerinnen und Schüler und größere Herausforderungen durch soziale Problemlagen für die Lehrkräfte gibt, muss auch mehr getan werden. Das bedeutet, dass die Ausstattung der einzelnen Schulen, aber auch die dauerhafte Bereitstellung von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern erhöht sowie von DaZ-Lehrkräften stärker am konkreten Bedarf vor Ort orientiert werden sollen.

- Die Thüringer Gemeinschaftsschule hat sich erfolgreich als leistungsstarke und sozial gerechte Schulart etabliert. Um das längere gemeinsame Lernen flächendeckend auszubauen, müssen nun alle Entwicklungshemmnisse, die eine vor Ort gewünschte Gründung von Gemeinschaftsschule verzögern oder aufhalten können, beseitigt werden. Gleichzeitig wird an der Vielfalt möglicher Organisationsmodelle der Gemeinschaftsschule festgehalten, um in Stadt und Land passgenaue und bedarfsgerechte Angebote des längeren gemeinsamen Lernens realisieren zu können. Aufgrund der spezifischen pädagogischen Anforderungen, die mit der Arbeit an der Thüringer Gemeinschaftsschule verbunden sind, sind ein entsprechender Lehramtsstudiengang und das korrespondierende Lehramt einzuführen. Dies ist auch ein wichtiger Schritt hin zu unserem Ziel, langfristig von der schularten- hin zur schulstufenbezogenen Lehrerbildung zu wechseln.

• Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives Schulsystem zu realisieren, das den Prinzipien der Chancengerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit verpflichtet ist. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung ermöglichen. Konzeptionelle Ausgangsbasis und Richtschnur dieses Prozesses ist der bundesweit vorbildliche "Entwicklungsplan Inklusion". Er ist für die kommenden Jahre fortzuschreiben und weiterhin regional differenziert umzusetzen. Das bedeutet auch, dass den Schulen die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende Inklusion zur Verfügung gestellt werden und dass die Förderschule als fester Bestandteil des Bildungswesens erhalten bleibt.

Eine Herausforderung der kommenden Jahre wird die schulische und berufliche Qualifizierung von Zugewanderten sein. Wir wollen keine Separation und wir wollen kein
Ausspielen verschiedener Schülergruppen gegeneinander. Wir wollen gleiche und gute
Bildungschancen für alle. Deshalb werden wir den Schulen mit besonderen Herausforderungen in der Integration das erforderliche Sprachlehr- und sozialpädagogische Personal
zur Verfügung stellen.

 Ganztagsschulen bieten mehr Zeit für gute Bildung und bessere Chancen für eine enge Verzahnung von Schulen mit dem kommunalen und regionalen Lebensumfeld. Mit dem Thüringer Modell der Einheit von Grundschule und Hort wird allen Grundschülerinnen und Grundschülern ein offenes und freiwilliges Ganztagsangebot eröffnet. Nun gilt es, weitere Schritte in der qualitativen Entwicklung schulischer Ganztagsangebote zu gehen. Hierzu wollen wir ein Ganztagsschulprogramm auflegen, mit dem sich Schulen, in denen Eltern, Lehrer und Schüler dies wünschen, auf den Weg machen können, ihre Angebote qualitativ auszubauen und besser mit dem Unterricht zu verzahnen. Dieses Ganztagsschulprogramm soll auch Schulen der Sekundarstufe I offen stehen.

• Die Thüringer Schulen brauchen mehr Eigenverantwortung. Sie sollen künftig über ein eigenes Schulkonto und ein Sachmittelbudget verfügen. Bei größeren Schulen sollte zudem die Stelle einer eigenständigen Verwaltungsleiterin bzw. eines Verwaltungsleiters eingerichtet werden. Ferner benötigen die Schulen mehr Kompetenzen bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung. Hierzu gehört auch, schrittweise allen Schulen die Möglichkeit zur schulscharfen Stellenausschreibung zu eröffnen. Damit können sie Lehrerinnen und Lehrer gewinnen, die nicht nur fachlich qualifiziert sind, sondern auch zum jeweiligen Profil der Bildungseinrichtung passen. Gleichzeitig wollen wir den Schulen mehr Freiheiten bei der Gestaltung des Unterrichts geben.

Viele Lehrerinnen und Lehrer haben gute und innovative Ideen für neue Ansätze im Unterricht. Wir wollen ihr Engagement fördern und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Dabei ist es zunächst erforderlich, den Pädagoginnen und Pädagogen eine Plattform zum fachlichen Austausch und zur gemeinsamen Diskussion der unterschiedlichen Vorhaben zu bieten. Die besten Innovationsvorschläge sollten "Schule machen".

Schule ist weit mehr als Fachunterricht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Schulen auch als Lern- und Lebensorte für Demokratie. Daher müssen Schüler und Eltern mehr organisierte Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten an den staatlichen Schulen erhalten. Sie sollen aktiv an der Schulentwicklung teilhaben und damit auch verstärkt Verantwortung für ihre Schule übernehmen. Die Schulkonferenz als Ort demokratischer Mitgestaltung der Schulgemeinde muss in ihren Kompetenzen weiter gestärkt werden, Schülerparlamente sind vom Land aktiv zu fördern.

• Guter Unterricht basiert nicht alleine auf erfolgreichen p\u00e4dagogischen Konzepten und zeitgem\u00e4\u00dfen Schulstrukturen. Guter Unterricht h\u00e4ngt auch davon ab, in welchem baulichen Zustand sich Schulgeb\u00e4ude befinden und \u00fcber welche Raum- und Sachausstattung sie verf\u00fcgen. Wer die Schulgeb\u00e4ude in Th\u00fcringen kennt, wei\u00df, dass hier an vielen Stellen trotz gro\u00dfer Bem\u00fchhungen der Schultr\u00e4ger nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Gemeinsam mit dem Bund muss Th\u00fcringen die Kommunen auch weiterhin bei der Sa-

nierung und beim Ausbau von Schulen unterstützen. Dabei ist es notwendig, ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld für die an den Schulen tätigen Pädagoginnen und Pädagogen zu schaffen. Unser Ziel ist es, dass sie künftig an ihren Schulen über einen eigenen und sächlich gut ausgestatteten festen Arbeitsplatz verfügen. Zudem muss die Schulbaurichtlinie des Landes kontinuierlich fortgeschrieben werden, damit sie den sich wandelnden spezifischen Bedarfen der Schulen besser gerecht wird.

• Alle Bundesländer stehen vor gewaltigen bildungspolitischen Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft kaum bewältigen können. Ob es um die Ermöglichung eines beitragsfreien Zugangs zu allen Bildungseinrichtungen vom Kita-Bereich bis zur Hochschule, den weiteren Ausbau der Kita-Plätze im Westen bzw. die weitere Verbesserung der Betreuungsqualität in der frühkindlichen Bildung im Osten, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention oder den Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten und der Schulsozialarbeit geht: In all diesen Punkten brauchen die Länder dauerhafte Unterstützung des Bundes. Der Bund muss daher mehr Verantwortung in der Bildungspolitik übernehmen und er muss sich in der Bildungsfinanzierung stärker und nachhaltig engagieren. Dies ist allerdings ohne eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz nicht möglich. Die SPD wird sich im Interesse Thüringens daher weiter für eine entsprechende Verfassungsänderung einsetzen.

Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen

Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, dass jeder Mensch am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben selbstbewusst und selbstbestimmt teilhaben kann. Dafür braucht es eine qualitativ hochwertige frühkindliche und schulische Bildung, die beste Startchancen ins Leben eröffnet. Wir wollen aber auch diejenigen unterstützen, die aufgrund ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft nicht von diesen Startchancen profitieren konnten oder in ihrem Leben neue Chancen nutzen wollen.

Deshalb gilt es, die Erwachsenenbildung als gleichberechtigte und gleichwertige Säule unseres Bildungssystems weiter zu stärken. Lebenslanges Lernen ist für uns das verbindende Element, das von Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Volkshochschulen sind dabei für uns von zentraler Bedeutung.

Daher werden wir uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

• Thüringen verfügt über ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges, wohnortnahes und bezahlbares Erwachsenenbildungsangebot freier und öffentlicher Träger. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb ist das Land in der Pflicht, dauerhaft für eine angemessene, verlässliche und transparente Förderung der Erwachsenenbildung zu sorgen.

 Mit der Dynamisierung der Grundförderung ist ein erster Schritt unternommen worden, die reale Ausgabenentwicklung bei Trägern und Einrichtungen der Erwachsenenbildung kontinuierlich bei der Landesförderung zu berücksichtigen. In einem weiteren Schritt muss künftig auch die Förderung der Unterrichtsstundenvergütung dynamisiert werden, da auch die Ausgaben der Erwachsenenbildung in diesem Bereich nicht von der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung abgekoppelt sind.

Gute Arbeit muss auch in der Erwachsenenbildung fair entlohnt werden. Oftmals gestalten sich die Arbeitsbedingungen der Erwachsenenbildnerinnen und -bildner aber schwierig, denn befristete Beschäftigungsverhältnisse und geringe Einkommen sind in der Thüringer Erwachsenenbildung weit verbreitet. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Gewerkschaften, zu guten, tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen zu kommen – unabhängig von der Trägerschaft der Einrichtungen und mit Löhnen, die sich an der Höhe des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst orientieren.

Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dies ist allerdings nur möglich, wenn er über grundlegende Bildungskompetenzen verfügt. Veranstaltungen der Erwachsenenbildung zur Grundbildung und zur Alphabetisierung müssen daher auch künftig flächendeckend in Thüringen angeboten werden.

 Die Thüringer Erwachsenenbildung stellt sich erfolgreich und mit hohem Engagement der Integration zugewanderter Menschen. Diese Integrationsarbeit wird auch in den kommenden Jahren erforderlich sein und absehbar zu einer Daueraufgabe der Erwachsenenbildung werden. Um diese Herausforderung auch langfristig bewältigen zu können, ist eine dauerhaft verlässliche Förderung durch das Land unerlässlich.